

Abo. 500
Annahme-Bureau
In Posen
an der Expedition
bei Grapiski (G. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedhofstr. Ecke 4;
in Grätz bei Herrn L. Streissand,
in Frankfurt a. M.;
G. G. Hanke & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 539.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. August
(Erscheint täglich drei Mal.)

Fr. 2 Sgr. die sechsgeschaltete Zelle oder deren Raum, Kellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 4. August. Der Privatdozent Dr. Nathan Buns in Bonn ist zum außerordentl. Professor in der medi. Fakultät der dortigen Universität, der Districtsärzt Dr. Leopold Wildbrand zu Grenzhausen zum Kreis-Bundarzt des Stadtkreises Frankfurt a. M. ernannt, die Wahlen des ordentl. Lehrers an dem Gymnasium in Münster, Dr. Hense, zum Oberlehrer an dem Gymnasium in Warburg und des Rektors an dem bish. Progymnasium daselbst Hovenec zum zweiten Oberlehrer an dem jetztbezeichneten Gymnasium sind bestätigt worden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 4. August. Der hiesige Bürgermeister Erhardt hat ein Schreiben des Staatssekretärs v. Bülow erhalten, in welchem derselbe namens des Reichskanzlers Fürsten Bismarck den herzlichen Dank desselben für die ihm übersendete Glückwunschadresse ausspricht. Zugleich wird die Versicherung beigegeben, wie wohlthuend es dem Reichskanzler gewesen sei, gerade aus München solche Kundgebungen patriotischer Theilnahme zu empfangen.

Gastein, 4. August. Der deutsche Botschafter General v. Schweizig ist heute hier eingetroffen und von dem deutschen Kaiser zur Tafel gezogen worden.

London, 4. August. Der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reichs und von Preußen begaben sich gestern von Sandown nach Bentnor, um von da aus der Kaiserin von Österreich in Stepp Hill Castle einen Besuch abzustatten und wohnten darauf in Hyde einer Revue der Truppen und der Freiwilligen Regimenter bei.

London, 4. August. [Unterhaus.] Die Kirchendisziplinar-Bill wurde in dritter Lesung angenommen. Hierauf gab der Sekretär im Departement für Indien, Lord G. Hamilton, eine Darlegung des indischen Budgets. Nach derselben betrugen in dem Rechnungsjahre 1872–73 die Ausgaben 50,638,386 Pf. Sterl., die Einnahmen nur 50,219,486 Pf. Sterl. Im Rechnungsjahre 1873–74 betrugen die Ausgaben 55,122,738 Pf. Sterl., die Einnahmen nur 49,478,745 Pf. Sterl., während im Rechnungsjahre 1874–75 die Ausgaben sich auf 54,935,000 Pf. Sterl., die Einnahmen auf 48,984,000 Pf. Sterl. bezeichneten. Das füllt die gedachten 3 Jahre sich herausstellende Defizit von 12,013,899 Pf. Sterl. wurde hauptsächlich durch die Hungersnoth verhängt, zu deren Linderung 6,500,000 Pf. Sterl. direkt verausgabt wurden, während die Kosten für die aus Anlaß derselben ausgeführten öffentlichen Arbeiten sich auf 10,339,000 Pf. Sterl. beliefen. Lord G. Hamilton gab zu, daß die leidgedachten Ausgaben sehr hohe seien, schlug aber gleichwohl vor, für die nächsten vier Jahre weitere 12 Millionen zum Bau von Eisenbahnen und Herstellung besserer Kommunikationen zu verwenden. Derselbe hob dabei hervor, daß dem Umsichtgreifen der Hungersnoth durch die angewendeten Mittel wirksam gesteuert werde und spendete den bezüglichen Anstrengungen des Bischöflichen hohen Lob.

Kopenhagen, 4. August. Der König ist nach hier eingegangenen Meldungen am 25. v. M. in Thorshavn auf den Färöer-Inseln eingetroffen, wo derselbe von der Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen wurde. Am 27. v. M. hat das königl. Geschwader die Fahrt nach Island fortgesetzt.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 4. August. Die Nachrichten über das Befinden des Kaisers in Gastein laufen fortwährend günstig. Auch von dorther wird bestätigt, daß über eine Absicht des Kaisers, im Herbst einen Besuch in den neuen Reichslanden zu machen, nichts bekannt ist. Wie es scheint, hat das Geblüft vielleicht einen losen Anhaltspunkt darin, daß in den Reichslanden selbst der Wunsch nach einem solchen Besuch hervorgetreten und namentlich die Hoffnung geltend gemacht worden ist, daß der Kaiser bei seinem Aufenthalt in Baden einen kurzen Ausflug nach Straßburg machen werde. — Die „Germania“ bringt heute nach dem „Pfälzer Boten“ die Nachricht, daß eine Erklärung der preußischen Bischöfe durch den Fürstbischof von Breslau, den Vorsitzenden der letzten fuldaer Konferenz, an die preußische Staatsregierung abgegangen sei, in welcher betont werde, daß die Kirche sich durchaus nicht einseitigen Staatsgegen und Verordnungen über kirchliche Dinge unterwerfen könnte und daß nur der Papst unter Wahrung jenes kirchlichen Prinzipis den Regierungen Befugnisse in Betreff der kirchlichen Verhältnisse zu gestehen könne. Die „Germania“ sagt, daß sie diese Nachricht bestätigen könne, und fügt hinzu, daß jene Erklärung als eine Frucht der letzten Fuldaer Konferenz zu betrachten sei, welche zugleich den Geist dieser vielbesprochenen Konferenz aufs Beste charakterisierte. Trotz der Autorisation, welche die „Germania“ empfangen zu haben vorgiebt, ist die Darstellung des Sachverhalts doch nicht zutreffend. Es ist allerdings eine solche Erklärung der Bischöfe in einer Immediatvorstellung der Bischöfe an den König ergangen, aber nicht als Frucht der letzten fuldaer Konferenz, sondern schon früher im Anschluß an die neuen kirchenpolitischen Gesetze. Es ist übrigens in dieser Erklärung der Standpunkt festgehalten, daß die Organe der katholischen Kirchengemeinde sich vom Gebrauch gegen die Staatsgewalt nicht emanzipieren wollen. Eine solche Erklärung kann natürlich nur mit einer einfachen Empfangsberechtigung abgewiesen werden.

DRC. Berlin, 4. August. Das Obertribunals-Erkenntnis in Sachen des Bischof Martin von Paderborn, welches eine Strafzahllung durch andere für unzulässig hält, sofern sie nicht im aus-

drücklichen Auftrage des zur Strafe Verurteilten erfolgt, hat in ultramontanen Kreisen in nicht geringem Maße überrascht und gewissermaßen hohe Bestürzung hervorgerufen. Man hatte sich nach den vorhergegangenen Erkenntnissen der niederen Instanzen schon die Sache zurecht gelegt und ein System aufgebaut, nach dem man mit der Renitenz fortfahren könnte, ohne daß die Bischöfe und andere geistlichen Würdenträger in die Lage gebracht würden, mit ihrer persönlichen Freiheit vor den Raths zu treten. Das Erkenntnis geht sogar so weit, daß es nicht einmal als zulässig erklärt, daß mit Wissen und Willen des Verurteilten ein anderer die Strafe bezahlt, sondern daß die Bezahlung ausdrücklich von dem Verurteilten und nicht von einem anderen ausgehen mug. Es heißt das mit anderen Worten, der Verurteilte behält allerdings seinen freien Willen, ob er sich dem Gesetz unterwerfen will oder nicht; im letzteren Falle wird er mit seiner Freiheit büßen, wenn er selbst keine Werthobjekte besitzt, in denen das Strafobjekt vollstreckt werden kann. Soll aber durch Zahlung der Geldstrafe die Haft von dem Verurteilten abgewendet werden, dann dürfen diese Gelder nicht aus der Tasche Anderer fließen, sondern müssen aus dem eigentümlichen Vermögen des Verurteilten hervorgehen, weil dadurch der Zweck der Strafe vollständig bereitstellt werden würde. Das Resultat dieses Erkenntnisses hat auch nicht lange auf sich warten lassen, denn der Telegraph meldet uns bereits die heut erfolgte Verhaftung des Bischofs von Paderborn. — Das im Übrigen das strenge Festhalten der Staatsregierung an dem einmal betretenen Wege und an den gesetzlichen Maßregeln nicht ohne Eindruck auf die katholischen Geistlichen und selbst in denjenigen Landeskirchen, in denen sie bei einer ultramontanen Bevölkerung reiche Unterstützung finden, geblieben ist, daß sie liegen jetzt deutliche Beweise aus der Provinz Posen vor, wo trotz der Agitationen der geistlichen Würdenträger der niedere Clerus bereits begonnen habe mit den Staatsbehörden in Verhandlungen einzutreten, welche über kurz oder lang aus den bloßen Formalien hinaus vorzüglichlich zu einer Verständigung führen dürften. Der niedere Clerus jener Provinz zeigt durch das Verfahren, daß er viel mehr Verständnis für die Situation besitzt, als seine geistlichen Oberen und wiederum daß auch die Renitenz nur eben so lange fortgeführt wird, als dadurch die Existenz nicht in Frage kommt, daß aber sobald ein Kampf zwischen beiden Gewalten entsteht, die erstere stets der letzteren unterliegen muß.

— Die Nachrichten vom Besuch des Kaisers und des Kronprinzen in den Reichslanden während des nächsten Herbstes haben ein begreifliches Aufsehen gemacht und vielfache Nachforschungen nach der Begründung hervorgerufen. Es hat sich indessen herausgestellt, daß das Gericht lediglich aus dem Umstande entstanden ist, daß zu Weiß in dem Gebäude des Bezirkspresidentums Räume für den eventuellen Empfang hoher Gäste hergerichtet werden. Liebrigens hört die „Trib.“ bezüglich der Stimmung in den Reichslanden eben so viel Günstiges aus Elsaß, als Ungünstiges bezüglich Volksringen. In Weiß namentlich sieht es trübe aus, die Franzosenfreunde wandern zahlreich aus, schließen Verkaufsläden und Häuser oder suchen sich durch allerlei, oft kündliche Demonstrationen bemerklich zu machen. Es heißt übrigens, der hiesige Bezirkspresident, Gr. Arnim-Boizenburg, der sich große Beliebtheit erworben, werde nur bis zum Spätherbst auf seinem Posten verbleiben.

— Der „Magdeburg. Zeitung“ geht die Nachricht zu, daß der „regierende“ Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode an die Staatsregierung die Erklärung gelangen ließ, daß er auf seine sog. Regierungsrechte, d. h. die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte in der Grafschaft Wernigerode verzichtete. Der desfallsige Unspruch machte bekanntlich noch in der letzten Session des Landtages die beabsichtigte und notwendige Einführung der neuen Kreisordnung in die genannte Grafschaft schwierig. Die „Nat.-Ztg.“ findet, daß es alle Anerkennung verdiente, wenn Graf Stolberg jetzt auf unhalbar gewordene Rechte freiwillig verzichtet. „Als Präsident einer konstitutionellen Körperschaft, wie des Herrenhauses, das gerade unter seiner Leitung endlich in die Wege wahrhaft konservativer und nationaler staatlicher Reform-Entwicklung eingetreten ist, konnte ihm auch unmöglich unbemerkt bleiben, daß wahre Aristokratie doppelt und dreifach an politischem Einfluß gewinnt, was sie durch Aufgabe äußerlicher und künstlicher Vorrechte, denen das Geblüft nun einmal die Achtung entzogen hat, verloren.“

— Die „Spenersche Zeitung“ drückt den Artikel des „Nürnberger Correspondent“, in Sachen des Landrichters Debon in seinem Wortlaut ab und knüpft hieran folgende Bemerkung:

Die „Spen. Ztg.“ hat den Landrichter Debon nicht genannt. Sie hat die fragliche Mitteilung aus Kissingen nur mit aller Reserve gebracht, indem sie bemerkte, daß sie aus eigener Wissenschaft über die Sachlage nicht urtheilen könne, und daß man sich daher hüten müsse, vorschnell einer Meinung Raum zu geben. Sie hat diese Verwahrung in einer der nächsten Nummern unter der „politischen Rundschau“ wiederholt und bedauert, wenn dies nicht beachtet werden sollte und dadurch einer ehrenwerthen Persönlichkeit Unrecht geschehen ist. Sie heißt sich, obiger Mitteilung unverkürzte Aufnahme zu gewähren und ihren Kissinger Korrespondenten aufzufordern, sich zu rechtfertigen.“

— Bekanntlich ist durch Beschluß des Bundesraths der Termin für die nächste Volkszählung im Deutschen Reich von dem 1. Dezember 1874 auf den 1. Dezember 1875 verschoben worden, um dem kaiserlich statistischen Amt Gelegenheit zu geben, daß durch die letzte Volkszählung angesammlte Material erst vollständig zu verarbeiten, bevor durch eine neue Volkszählung wiederum neues Material beschafft werde, und die Vorarbeiten für diese neue Zählung die Thätigkeit des kaiserlich statistischen Amtes derartig in Anspruch nehmen,

dass die ersten Arbeiten liegen bleiben müssten. Inzwischen ist die Zeit für die nächstjährige Volkszählung schon so weit herangerückt, daß es nothwendig erscheint, schon jetzt mit den Vorarbeiten für dieselbe zu beginnen. Es sind deshalb Seitens des kaiserlich statistischen Amtes gegenwärtig Vorschläge ausgearbeitet, welche eine Änderung des bisher gebräuchlichen Zählungsmodus bezeichnen, und wird zur Beratung dieser Vorschläge die statistische Zentralkommission am 5. August hier zusammengetreten, um diese Vorschläge resp. ihre Einführung in ihre Beratung zu ziehen.

— Der volkswirtschaftl. Kongress wird in der Zeit vom 17. bis 20. d. M. in Crefeld tagen. Er verspricht dieses Mal stärker als je besucht zu werden, sowohl wegen der bequem erreichbaren Lage des Ortes, als wegen der reichhaltigen und interessanten Tageordnung, welche die wichtigsten und brennendsten Fragen umfaßt, z. B. Banknoten und deren Deckung — Eisenbahn-Tarif — Strafbarkeit des Kontraktbruches — Schulzwang für Fortbildungsschulen — Arbeiterversorgungskassen u. s. w. In letzterer Beziehung wird namentlich auch erörtert werden: ob gesetzliche Vorschriften über Einrichtung solcher Kassen zu erlassen sind, und was für welche? und ob solche Kassen durch die Gemeinden oder durch sonstige öffentliche Verbände (oder Bezirke) zu errichten sind? Es ist bekannt, daß namentlich der mittelrheinische Fabrikanten-Verein (Präsident: Herr Friedrich Kalle in Biebrich, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; Sekretär: Herr Dr. Julius Schulz in Mainz, Syndikus der Mainzer Handelskammer) sich vorzugsweise mit diesem Gegenstande befaßt und eine reiche publizistische Thätigkeit in Betreff derselben entfaltet hat, welche u. A. auch den preußischen Handelsminister Herrn Dr. Achenbach veranlaßte, die Leitung der Erhebungen und Erörterungen offiziell in die Hand zu nehmen. Der mittelrheinische Verein wird auf dem Kongress zahlreich vertreten sein. Ebenso der große rheinisch-westfälische Verein, dessen Generalsekretär Herr Buek (Düsseldorf) in dieser Frage neben den Herren Rickert (Danzig) und Gras (Breslau) als Referent fungirt. — Dem Vernehmen nach werden auch die ersten Autoritäten der Eisenacher Versammlung, namentlich die Herren Professoren Gneist und Nasse, sowie Herr Engel, Chef des statistischen Bureaus, in Crefeld erscheinen. Ohne Zweifel werden sie dem Kongress sehr willkommen sein. Denn derselbe hat stets der Diskussion den freiesten Spielraum gestattet und keinerlei Meinung ausgeschlossen.

— Mit Rücksicht auf den in den Einnahmen der Reichspost verwaltung hervortretenden Überschüß über das Einnahmenvoll sind, wie die „Spen. Ztg.“ mittheilt, aus industriellen Kreisen folgende Anträge an das Reichspostamt gerichtet worden, welche früher schon gestellt, aber nicht berücksichtigt wurden: Es solle 1) die erste Zone, in welcher Pakete bis zu 10 Pfund für 2 Sgr. befördert werden, von 10 auf 15 Meilen erweitert, 2) die Versicherungsgebühr bei Werthsendungen für Entfernungen bis zu 15 Meilen von 6 auf 4 Pf. pro 100 Thlr. und das Porto von Briefen mit deklarirtem Werthe auf Entfernungen von 10 bis 15 Meilen von 4 auf 2 Sgr. ermäßigt, und 3) die Gebühren der Postenzahlungen bei Beträgen von 25 bis 50 Thlr. von 4 auf 2 Sgr. herabgesetzt werden.

— Durch Verfügung des Kriegsministeriums ist angeordnet worden, daß die Entlassung der Reserven derjenigen Truppenteile welche an den Herbstübungen Theil nehmen, am ersten, spätestens am zweiten Tage nach Beendigung der Übungen, beziehungsweise nach dem Wiedereintreffen in die Garnisonen stattzufinden hat, bei den übrigen Truppenteilen am 1. September dieses Jahres. Sofern einige Fuß-Artillerie-Regimenter bis zum 1. September ihre Schießübungen nicht beendigt haben sollten, findet die Entlassung am zweiten Tage nach Beendigung der Schießübung, bezüglich dem Wiedereintreffen in der Garnison statt. — Die zur halbjährigen Ausbildung bei den Trainbataillonen eingezogenen Mannschaften werden am 1. November dieses und am 1. Mai nächsten Jahres, sämmtliche Delonox-Handwerker am 1. Oktober d. J. entlassen. — Betreffs der Einstellung der Reserven für das Jahr 1874–75 ist bestimmt worden, daß sie bei allen Kavallerie-Regimentern, der reitenden Artillerie und der Garde-Infanterie zum 10. Oktober, bei allen übrigen Truppen zum 12. Dezember zu erfolgen hat. Zur Einstellung bei jedem Bataillon der älteren Garde-Infanterie, der großherzoglich mecklenburgischen Infanterie-Regimenter und dem Jäger-Bataillon Nr. 14 gelangen 225 Mann, bei jedem Bataillon der jüngeren Garde-Infanterie, der gesammten Linien-Infanterie, dem Garde-Jäger- und Schützen-Bataillon, sowie den übrigen Linien-Jäger-Bataillonen 190 Mann, bei jedem Kavallerie-Regiment 150 Mann, jeder reitenden Batterie mindestens 25 und jeder Feld-Batterie mindestens 30 Mann. Die Fuß-Artillerie-Kompanien mit einem Etat von 146 Köpfen erhalten je 40 Recruten. Jedes Pionier- u. das Eisenbahn-Bataillon erhält 160, jede Train-Kompanie mit dreijähriger und 44 Mann mit halbjährigen Dienstzeit.

Paris, 2. August. Der Präsident der Republik wird nach seinem Sommeraufenthalte auf Schloss Sully im Elysée seinen Sitz nehmend. Wie haben die Royalisten gehofft, wenn Thiers einmal im Elysée zu übernachten wagte! Aber es ist als ein Fortschritt in der Entwicklung zu begrüßen, wenn der Chef der Exekutive wieder in Paris seinen Hauptsitz hat. Die künftigen Kammer werden, wenn sie nicht ganz kleinlich denken wie die National-Versammlung, nachfolgen. Schon des leichteren diplomatischen Verkehrs wegen wird diese wirklich zeitgemäße Restauration immer nothwendiger, ganz abgesehen davon, daß durch die Entfernung der Minister von Paris die Arbeiten in den Ministerien zum Theil deshalb so wenig ineinander greifen und die Staatsmaschine so übel berathen ist. Die Furcht vor den Parisern ist nur noch Maske; man wollte Paris lahm legen, um es mirre zu machen; lahm hat man es allerdings gemacht, zumal lahm in geschäft-

licher Hinsicht. Es soll uns nicht wundern, wenn das „Univers“ nächstens für Paris auftritt, um sich populär zu machen. Hat es doch am Freitag sogar fast in derselben Stunde, wo die Rechte für Erhaltung des Belagerungsstandes stimmte, die Hoffnung zur Schau gestellt, daß die Deputirten, „Katholiken und Royalisten“, mit den Republikanern stimmen würden, um die Presse unter das Gesetz zu stellen und die Divisions-Générales, die seit drei Jahren die Presse regierten, zu Athem kommen zu lassen. Es ist bekannt, daß die „Katholiken und Royalisten“ im Vorauß sich über ihre Unterstützung der Regierung vereinbart hatten; das „Univers“ geht nun über diesen Handel weg, als sei das ganz in der Ordnung, statt, wenn es ihm Ernst war, den Herren die Moral zu lesen. Aber die Wirkung ward erreicht: das „Univers“ hat sich liberal und dem Militarismus die Färbne gezeigt. Der „Temps“ erinnert bei dieser Gelegenheit an den Lärm, den die „Katholiken und Royalisten“ machten, als die „Union“ suspendirt wurde. Die „Union“ ist wieder erschienen und der Liberalismus der Partei bestand darin, daß sie für Fortdauer des Belagerungsstandes mit der Regierung stimmte und die Republikaner im Stiche ließe. Die Geschichte wird dereinst hervorheben, wie die Anhänger der Monarchie von Gottes Gnaden und der Kirche des Papst-Königs sich durch Heuchelei und Verböhnung von Treue und Glauben zu Grunde richteten, wie sie mit liberalen Worten spielten und, wo sie Macht gewonnen, die Menschheit wie weiland in Spanien unter Philipp II. drückten und auspreßten, wie sie Skeptiker in allem waren, was die Menschheit adelt, und Fanatiker für alles, was sie zum Fetischdienst und zu afrikanischen Zuständen zurückzuschleudern geeignet wäre. Aber was geht sie die Geschichte an, was machen sie sich aus dem Urtheile dieser schlechten Welt, da sie ja so viel Gutes an sich hat, da sie im Schatten der Kirche liegt, sich in diesem Düster unbeweglich hält und sich selig fühlt! Auch „Vén Public“ weist heute auf die schwamlose Heuchelei der „Katholiken und Royalisten“ hin. Gegen die Scheuflüchtlings der Kommunards sprechen die Republikaner ihre volle Entrüstung aus. Die Vertheidiger von Thron und Altar sind dagegen empört, wenn die Republikaner von den Niederträgkeiten, Entmenschtheiten und von dem Communismus schlimmster Art sprechen, die Don Carlos und seine Bande im Namen des göttlichen Rechts verüben. „Ist das sittliche Gefühl minder zart und lebhaft bei den Journalisten von Thron und Altar, wie bei den Republikanern?“ Sich „Vén Public“ seinen historischen Vergleich. Wer gegen Don Carlos sich ausspricht, wird von den Royalisten als Brüsten verdächtigt. Das Journal des Debats giebt sich die überflüssige Mühe, den französischen Royalisten zu zeigen, wie sehr sie ihrer eigenen Fahne schaden, indem sie die Sache des Don Carlos zu der ihrigen machen. Noch toller aber ist und bleibt es, wenn Katholiken sich aus kirchlichen Interessen für Don Carlos begeistern. „Es ist“, schreibt das „Journal des Debats“, „bekannt, daß die lezte Königin von Spanien der Kirche, dem Papst und dem Clerus so ergeben war, daß sie sich dadurch zu Grunde richtete und ins Exil wanderte. Der Papst erachtete sie der Ehre würdig, daß er ihr die goldne Rose schenke.“ Es ist also gar kein Grund vorhanden, daß jeder gute Katholik sich aus Rücksichten auf den Papst für die Heldenthaten der karlistischen Banden begeistern müßte. Bei den Ultramontanen handelt es sich um ganz andere Zwecke als die kirchlichen; es handelt sich einfach um die Macht und Unbeschränktheit in den lateinischen Staaten, um dieselben dem Moloch ihrer Nachsucht gegen das deutsche Reich zum Opfer zu bringen.

Daß der Erzbischof von Paris einen Tadel erhalten hat, hätte man sich schon gefallen lassen, aber daß die Regierung auch den „Drôle que“ aus Italien abberufen und sogar Maßregeln gegen die Armee von Don Carlos ergreifen will, hat die ganze römische Partei mit Entrüstung erfüllt. Die Sprache der klerikalen Blätter ist nur darum relativ gemäßigt, weil man sie hat wissen lassen, daß bei der geringsten Ausschreitung Unterdrückung erfolgen wird. Die Ultramontanen fürchten, daß, wenn die französische Regierung wirklich nicht mehr ihr Werkzeug sein will, der ganze Feldzugsplan des Batikans zusammenfällt. Derselbe befiehlt darin, nach dem Siege von Don Carlos Frankreich in einen Streit mit Deutschland zu verwickeln und zugleich Aufstände in Deutschland und Italien herzorzurufen. Eine energische Aenderung in der französischen Politik würde alle diese Pläne natürlich vereiteln. Der General Ducrot, Ober-Kommandant des 8. Armeecorps (Bourges) — der nämliche, welcher in Sedan Kriegsgefangener wurde, aber unterwegs wortbrüchig entwickele — hat eine Verordnung erlassen, welche den in Chateauroux erscheinenden „Ordre Républicain“ wegen der Veröffentlichung von Artikeln unterdrückt, in welchen „die Unschärbarkeit des Papstes angegriffen und lächerlich gemacht und zur Verachtung und zum Haß gegen die Regierung aufgefordert werde“.

Zum Mindesten hat das jüngste Auftreten der deutschen Regierung die französische zu einiger Zurückhaltung in der Begünstigung der ultramontanen Unternehmungen veranlaßt. Sehr spaßhaft sind die Sprünge, zu denen dieser Szenenwechsel die französische ultramontane Presse antreibt; so läßt sich der „Univers“ aus Madrid schreiben:

„Schon seit langer Zeit denunziere ich Ihnen die Konnenbenzen des Liberalismus mit Hrn. v. Bismarck. Ich habe vormals einige derselben enthüllt. Heute kann ich Ihnen sogar ein Faßtum von höchstem Ernst mittheilen: nämlich über die Hilfe, welche Serrano von Hrn. v. Bismarck empfängt. Dieser verfehlt ihn mit Gewehren, Artillerie und allem Kriegsmaterial, dessen er bedarf. Mit anderen Worten: Nachdem die Eindringlinge von Madrid mit ihrem Gelde zu Ende sind und ihre Ausrüstung und Kriegsmaterial nicht mehr bezahlen können, eröffnet Preußen ihnen einen Kredit und stellt seine Beughäuser zu ih. ee Verfügung.“

Man sieht: es wird der Versuch gemacht, den Spieß umzudrehen. Am letzten Donnerstag kam ein aus ungefähr 300 Personen bestehender Pilgerzug aus Marseille in Lyon an, um nach der „Eglise des Pénitents“ zuwallfahren. In Avignon, wo sie einen Halt gemacht, begaben sie sich nach der Kapelle des Bütcherordens, während sie das famose „Sauve Rom et la France“ sangen. Bei ihrer Abfahrt riefen sie: „Es lebe der König! Es lebe Heinrich V.! Es lebe der Papst! Es lebe die weiße Fahne! Es lebe der Papst-König! Es lebe Don Carlos!“ Die Polizei schritt aber nicht ein, denn in der Republik Frankreich ist der einzige verpönte Ruf: „Vive la République!“ — Der Prozeß gegen die spanische Territorialbank kommt erst im Monat November vor die Gerichte. Der ehemalige kaiserliche Minister Clement Duvernois und Jauret, die Hauptbeschuldigten, befinden sich noch immer in Mazas.

Versailles, 1. August. [Nationalversammlung. Schluf]. Das nun Kapitel V. von Saint Pierre gestellte Amendment, welches Tag verlangt, wird nicht angenommen, da der Kriegsminister si-

ebenfalls gegen das Amendment erklärt und kündigt, daß man jährlich eine größere Anzahl von Militärmedaillen (mit derselben ist eine jährliche Pension von 300 Frs. verbunden) verleihe. Ein Amendment des Generals Billot, welches eine Krediterhöhung zu dem Zwecke verlangt, um den Reserven eine bessere Instruktion zu geben, zieht zu einer längeren Diskussion Anlaß. Der Kriegsminister de Essy ist der Ansicht, daß die Reserven besser einerseits werden müssen; für 1875 würden Maßregeln ergriffen werden, damit die Reserven bereits im Monat Januar einberufen würden, und bis zur Einteilzeit wieder reißen könnten. Die Kosten würden durch die Ersparnisse, die man machen könne, bestritten werden. General Billot besticht auf seinem Antrag. Man vergißt ihm aufs folge in Frankreich zu schenken die Unglücksfälle und die Lehren der Erfahrung; man müsse die Reserven schneller und besser einrufen. Das Amendment wird aber doch verworfen. Der Kredit, welchen General Billot verlangte, war nicht für die geplante Reserve der aktiven Armee bestimmt, sondern für die zweite Hälfte des Kontingents, die bekanntlich keine fünf Jahre dient, aber doch eingeübt wird, da man in Frankreich im Falle des Ausbruchs des Krieges das ganze Kontingent eines Jahres zur Verfügung haben will. — Testelin (Ard) macht bierauf einige Bemerkungen über die Hospitäler: die Zahl der Kranken derselben sei sehr groß, man möge den Truppen eine zweckmäßige Kleidung und bessere Nahrung geben. — Guichard weist darum hin, daß die Armee zum Theil mit Fleisch von frischem Vieh genährt werde; er habe in der Billete einen Transport von für die Armee bestimmten Thieren geschenkt; der grösste Theil derselben habe aber an der Schwindsucht gelitten oder sei mit Geschwülsten bedekt gewesen. Der Kriegsminister versichert, daß die Viehhändler, welche ungefundene Fleisch geliefert, bestraft worden seien; die Regierung übe eine strenge Überwachung aus. Das Budget des Kultusministeriums (53,632,245 Frs.) kommt nun zur Diskussion. Bei Gelegenheit der hohen Besoldungen für die Kardinäle und Bischöfe erwähnt Marcel Barthé die schlechten Beoldungen eines großen Theiles der niederen Geistlichkeit in den Departements; wenn man diese Besoldungen erhöhe, so habe man in Wirklichkeit das Budget der Armen vermehrt. Die Besoldungen für das Kapitel von St. Denis und der Kapläne der Genovesische werden von 264.500 Frs. auf 220.500 Frs. verringert, dagegen der Autrag Chaban-Latour (heute Minister des Innern) und anderer protestantischer Deputirten, die Ausgaben für das Personal des protestantischen Kultus um 20.000, d. h. auf 402.500 Frs. zu erhöhen, angenommen. Schließlich werden dann die rückständigen §§ 33, 34 und 35 des Budgets des Unterrichtsministeriums angenommen. Man hatte dieselben zurückgestellt, weil man zuerst das Gesetz über den Elementarunterricht, welches eine Mehrsumme von 6.700.000 Frs. für die Elementarlehrer ausstieg, abmachen wollte. Ungeachtet der Anstrengungen Jules Simon's und Anderer befiehlt die Kammer, daß dieses Gesetz erst später vorkomme und vor der Hand Alles beim Atem bleibe. Die Sitzung schließt um 6 Uhr 25 Min.

Madrid, 2. August. Der hier herrschenden Richtung der öffentlichen Meinung geben auch die hiesigen ministeriellen Blätter dadurch Ausdruck, daß sie einem Telegramm der „Agence Havas“ zufolge einstimmig die Erwartung aussprechen, die französische Regierung werde eine ernsthafte Überwachung der Grenze von Hendaye nach Perpignan eintreten lassen. Auch wird weiter gemeldet, der spanische Minister des Auswärtigen bereite eine Birkulardepeche an die Vertreter Spaniens im Auslande vor, um die Aufmerksamkeit der Mächte bezüglich der Grausamkeiten und Barbareien der Carlisten in Anspruch zu nehmen. — Was die augenblickliche Stellung der Karlisten anbelangt, so berichtet man aus Santander vom 29. Juli, daß die Insurgenten jetzt bis auf die grösseren Plätze, wie Pamplona, Logrono und einige vorgeschobene Posten der republikanischen Armee, Herren von ganz Navarra sind. In Guipuzcoa findet nur San Sebastian, Irún und die Forts der Umgegend von den karlistischen Banden frei. In Biscaya, Bilbao, Portugalete und den Nervionenfestungen steht der republikanische General Morales des los Rios mit zwei Brigaden. In allen diesen Bezirken sind die Carlisten zusammen dreißigtausend Mann stark, mit Artillerie verschiedenem Kalibers ausgerüstet. — Aus Frankreich wird übrigens bestätigt, daß die Regierung des Marschalls Mac Mahon die Gewohnheit des Präidenten aufgefordert hat, die Pyrenäengrenze zu verlassen (unweit deren sie in Pan bekanntlich ihren Aufenthalt genommen hatte) und sich in das Innere Frankreichs zurückzuziehen. Auch außerdem wird nun die legitimistische Unterstützung der karlistischen Sache in Frankreich jedenfalls mit mehr Scham, als bisher, betrieben werden müssen. Wie der orleanistische „Soleil“ meldet, befand sich übrigens am 30. Juli wieder ein grosses Dampfschiff ohne Flagge an einem Punkte der baskischen Küste; eine grosse Anzahl Boote brachten dessen aus Waffen und Munition bestehende Ladung ans Ufer. Spanische Kriegsschiffe zeigten sich nicht. In Bayonne bestehen noch immer karlistische Waffenniederlagen und Waffen werden zu Wasser nach Spanien geschafft. (In Madrid herrscht also auch noch immer eine schreckliche Stimmung gegen Frankreich.)

Der bekannte „Kreuzzeitung“-Correspondent im karlistischen Lager erhebt anlässlich der Ermordung des Hauptmanns Schmidt schwere Beschuldigungen gegen die im Hauptquartier des Don Carlos anwesenden Engländer, sowie gegen die deutschen Konsulatsvertreter in Bayonne, San Sebastian und Santander. Wie er behauptet, bestätigten sich die erwähnten Engländer eines fanatischen Hasses gegen Alles, was deutsch heißt, und überbielen in dieser Beziehung noch bei Weitem die Franzosen. Namentlich führt er einen bei Don Carlos maßgebenden Engländer an, der im Besitz des eisernen Kreuzes, des Kronenordens und des sächsischen Albrechtsordens für Verdienste bei Pflege der Verwundeten auch nicht ein einziges Wort zu Gunsten unseres unglücklichen Landsmanns vorzubringen wußte, sondern die Exekution nur mit Achselzucken bedauerte. Die Beschwerden, welche der Correspondent gegen die deutschen Konsulatsverweser an der spanischen Grenze vorbringt, werden jedenfalls der Reichsregierung Anlaß zu eingehender Untersuchung geben. Daß der deutsche Konsul im Auslande, falls er die Konsulatskarriere nicht als Beruf ergreift, nicht diejenige Stellung einnimmt, welche ihm zukommt, ist leider eine Thatsache, welche auch von befehliger Seite wiederholt zugegeben ist. Man bemüht sich deshalb auch, soviel wie möglich Bernskofeln zu erneennen. Ein Kaufmann, welcher nebenbei das deutsche Konsulat versieht, hat heute, namentlich in Frankreich, gewiß keine sehr angenehme Stellung, wenn er auf die Vertretung des deutschen Interesses ein besonderes Gewicht legt. Aber kaum zu glauben ist, daß, wie behauptet wird, die betreffenden Konsuln sich geradezu schämen, Vertreter Deutschlands zu sein. In diesem Falle würde ihre Absetzung wahrlich nicht auf sich warten lassen.

London, 1. August. Die Frage des Einschreitens gegen die Carlisten wegen Erschiebung des Hauptmanns Schmidt wird von den namhaftesten Wochenschriften in ruhiger Weise, doch in ähnelichem Sinne erörtert, wie er neuerdings in der deutschen Presse vernachlässigt wurde. Die „Saturday Review“ äußert sich:

„Eine nominelle Republik besteht jetzt seit anderthalb Jahren und

Marschall Serrano kann zu Gunsten seiner Regierung gestend machen, daß alle Parteien außerhalb der von den Carlisten besetzten Striche sich dieselbe gefallen lassen. Falls die madrider Regierung formell anerkannt würde, sänen die Carlisten selbstverständlich zu ihrer wirklichen Stellung herab und erhielten den Charakter als Rebellen; und obwohl die vor 30 Jahren beobachtete Interventionspolitik ganz aufgegeben ist, so müsste doch, wenigstens außerhalb Frankreichs, Jedermann, mit Ausnahme einiger politischer und religiöser Schwärmer, die baldige Unterdrückung des Aufstandes. Schon die Thatsache allein, daß die Carlisten keinerlei Aussicht auf einen vollständigen und endgültigen Erfolg haben, gibt Grund genug, den Triumph der National-Regierung zu wünschen. Es wäre besser, daß selbst die Seite, welche im Unrecht ist, den Sieg davonträgt, als daß der Bürgerkrieg sich ins Unendliche fortziehe; in diesem Falle aber ist die Regierung von Madrid durchaus nicht im Unrecht. Es ist zu hoffen, daß sich das an und für sich nicht unwahrscheinliche Gericht nicht bestätigt, daß Marschall Serrano den Rath von der englischen Regierung erhalten habe, die Anerkennung in erleichtern, indem er die Cortes zur Bestätigung seines Titels zusammenruft. Der wirkliche Grund für die Anerkennung einer Regierung liegt nicht in der Thatsache, daß sie konstitutionell oder freistündig ist, sondern daß sie de facto Bestand hat. Wenn die deutsche Regierung die Anerkennung der Regierung Serrano's vorschlägt, so sollen Lord Derby und seine Kollegen diesen Vorschlag genehmigen. Die Zustimmung Frankreichs ist zwar sehr erwünscht, aber nicht absolut unerlässlich.“

Iceland hat am Sonntag sein tausendjähriges Jubiläum gefeiert, bei dem Abschluß eines Jahrtausends, seitdem es den ersten menschlichen Bewohner erhielt. Und das war ein Todtschläger, Ingolf Arnarson, aus Norwegen, der im Jahre 874 auf jener, zuerst von Irlandern entdeckten und dann wieder verlassenen Insel sein bleibendes Exil nahm. Das geschah an derselben Bucht, an welcher die Hauptstadt der Insel Neßtarvik, erbaut wurde. Bald kamen Flüchtlinge in Menge nach dem Riesenbulcan in der hochnordischen See. Die trogen Wikinger, welche Harald der Schönharige von Norwegen das Joch des Absolutismus aufzwingen wollten, schiffen damals in Scharen hinüber, um dort in der Ferne, die noch keine Geschichte hatte, einen Freistaat zu gründen. Ihren wurden bald so viele, daß Island, welches damals ein milderes Klima besaß, den Aderbau pflegte und stattliche Waldungen trug, von denen heute nur ein einziger Vogelbeerbaum übrig geblieben, für die Ansiedler zu enge ward und sie deshalb Kolonisten nach dem damals noch grünen und fruchtbaren Grönland entsendeten. Irland, Schottland und die hundert kleinen Selbstverwaltungen zwischen den Farben und dem irischen Kanal-Archipel schickten Ansiedler. Diese heilten sich in zahllose Clanschaften, unter denen es bald Hader setzte; denn die Geduld jener „Helden lobbare“ war so kurz wie ihr Schwert. Anno Domini 928 einigte man sich endlich über die Wahl eines gemeinsamen Oberhauptes, eines „Lagmann“ d. h. eines Gesetzmachers, und zwei Jahre später wurde auf der bis diesen Tag hoch in Ehren gehaltenen Thingvallir, der „Dingstätte“ am See Thingvalla, ein erstes Landgericht, „Althing“, gehalten, welcher Name dem isländischen Landtage bis auf den heutigen Tag verblieben ist. Im Jahre 965 erhielt Island eine Beiratsverfassung, welche neununddreißig heidnische Priesterbürgel, sogenannte Godords, umfaßte. Dieser Freistaat an der Grenze des Polarmeeres währt zwei Jahrhunderte. Es war das goldene Zeitalter der Insel. Er überlebte sogar die um das Jahr 1000 fallende Einführung einer christlichen Staatskirche mit allen dabei unausbleiblichen Zwistern. Allmählig aber strafte sich ein bis zur Zersplitterung austarternder Partikularismus; denn auch die Kantone Islands hatten ihren Sonderbund! Dreimal zuvor hatte die isländische Republik die Grobherzigste nordische Könige abgeschlagen. Der Uebelstand indessen, daß man dem Könige von Norwegen eine Art von Schirmvoigtei über den erzbischöflichen Stuhl der Insel eingeräumt hatte, gab demselben bald Gelegenheit, im Bunde mit der orthodoxen und aristokratischen Partei im Lande, an deren Spitze der isländische Geschichtsschreiber Snorre Sturlason stand, einen Umsturz zu planen. In der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts war Island ein Vasall Norwegens geworden. Der älteste demokratische Freistaat des Nordens hatte aufgehört. Er hatte sich durch die Schläge seiner ureigenen Literatur, vor Allem durch die Sammlung der „Edda“, der Bibel des Nordens, Europa unvergleichlich gemacht. Die Natur schuf solche Recken wie die damaligen Islander nicht mehr. Sie hatte gleichsam die Gipfel zerbrochen. Sie lebten nur im Niede der Städte fort. Hundert Jahre später finden wir schon dänische Statthalter auf Island. Der schwarze Tod hatte die Hälfte des Volkes in das Grab gelegt. Island hatte, wehrlos und entvölkert, mit Norwegen zugleich seinen Besitzer gewechselt. Unter den Statthaltern suchte der Parteidader, zu welchem sich langandauernd Unruhen gesellten, die vor der Einführung der Reformation in einem unter pfälzischer Zuchtrute gehaltenen Lande unvermeidlich waren. Danach begann eine unheilvolle Zeit. Vulkanische Ausbrüche, unermäßliche Erdbrände, Seuchen und Hungersnöte verheerten das Land von einem Kap zum andern. Kein Jahrzehnt während dreier Jahrhunderte, das nicht eine Katastrophe verzeichnete, wie sie auf europäischer Erde unerhört gewesen. Erst langsam stieg mit Beginn unseres Säkulumus die Einwohnerzahl auf kaum siebzigtausend Seelen, ungeachtet eines sprichwörtlich gewordenen Kinderganges, der in keineswegs seltenen Fällen zwanzig Köpfe in einer Familie erreicht. Island war nie gut dänisch. Die europäische Tageschronik beklommerte sich nicht um jene leidenschaftlichen Volksausbrüche, welche bis in die neuere Zeit die Insel bewegten, in dem dänischer Eigentum die Schablone seiner heimatlichen politischen Einrichtungen mit Hartnäckigkeit einem so weit entlegenen andersgearteten Lande aufzutragen wollte. Erst jetzt, gleichsam aus Anlaß des tausendjährigen Jubiläums, verstand sich Dänemarks König dazu, Island eine mit den alten Ueberlieferungen im Einklang stehende freie demokratische Verfassung zu geben. Island ist, mit Ausnahme aller gemeinsamen Interessen, vollständige Autonomie angestanden worden. Sein Althing zählt sechshundertzwanzig Deputirte, von denen dreißig aus Urwählern hervorgehen und sechs vom dänischen Könige ernannt werden. Ein besonderer „Minister für Island“ wohnt hinfest in Kopenhagen, bleibt aber dem Althing verantwortlich. Ein Gouverneur wohnt in Neßtarvik. Island erhält seine eigenen Gerichtshöfe wieder, seine unbeschränkte municipale Verwaltung, Pres- und Vereinsfreiheit, Glaubensfreiheit und eine Habeas-Corpus-Akte, welche mit derjenigen Alt-Englands auf einer Stufe steht. Noch ehe der König am 28. Juli in Friedrichshafen um die Mitternachtstunde zu Schiff stieg, um, begleitet von den Prinzen und einem großen Gefolge, dem fernen Thule einen Besuch zu machen, erreichten ihn jubelnde Dankesboten. Nie zuvor hat die alte Alpen-Insel des hohen Nordens solche Feste und Gäste gesehen. Deutsche, dänische, schwedische, englische und französische Kriegsschiffe flaggen im Hafen. Der Festzug wollte eine Rundreise durch die Insel unternehmen, am Hella tanktiren und am himmelhoch brausenden Geiser Feuer leuchten lassen. Kurz ist der

Sommer Islands. Um diese Jahreszeit trägt die Insel ihr reichstes, üppigstes Kleid. Dann tritt wieder die harte Alleinherrschaft des Nordpols in ihre Rechte, den lauten Festen folgt der lange eisige Winter, die trübe Einsamkeit inmitten kimmerischer Nebel und treibender Eisgebirge. Dort wohnt das kleine arme Volk, mit seiner reichen Geschichte, stahlfest und auch geistig ferngefunden. Es hat ein Jahrtausend lang seine Freiheitssiehe bewahrt und ist wohl werth, daß das große Stolze, von der Natur so freigebig geschnückte Europa ihm seine Achtung zolle.

Australien. In der „Hawaii'schen Staatszeitung“ vom 10. Juni d. J. ist ein Brief veröffentlicht, den Se. Majestät der Kaiser unter dem 13. April d. J. in englischer Sprache an den König Kalakana gerichtet hat. Derselbe lautet in deutscher Sprache folgendermaßen:

„Meinen Gruß
dem Herrscher des Hawaii-Volkes.“

Aus Ihrem Schreiben vom 16. Februar d. J. habe Ich theilnehmend ersehen, daß Ihr Vorgänger, Lunailo, am 3. desselben Monats mit Tode abgegangen ist und daß Sie, da er keine Erben hinterlassen, von der gezeugenden Verfassung zum Suverän der Hawaii'schen Inseln erwählt worden sind, auch nach den Vor-schriften der dortigen Verfassung den Prinzen William Pitt Selciobolu zu Ihrem Nachfolger auf dem Throne für den Fall ernannt haben, daß Sie keine Lebenden hinterlassen sollten. Indem ich Ihnen mit Meinem lebhaften Bedauern über den Hintert des Königs Lunailo zugleich Meinene Glückwunsche zu Ihrem Regierungs-Antritt beziehe, gebt Ich Mich der angenehmen Hoffnung hin, daß Sie, befreit von demselben christlichen Sinne wie Ihre Vorgänger, den dort ansässigen Deutschen ebenfalls Ihren wohlwollenden Schutz angeideben lassen werden. Mit dem Wunsche, daß Ihre Regierung eine lange und geegnete sei: möge, verbleibe Ich in aller Aufrichtigkeit des Herrn Königs

guter Freund
(ges.) Wilhelm.“

An den Herrscher des Hawaii-Volkes.“

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. August

Der Oberpräsident Günther ist heute früh von seiner vierwöchentlichen Vadereise hierher zurückgekehrt.

Das Vermögen der erledigten katholischen Pfarrstellen zu Chwalkowo (K. Schrimm), Deutsch-Wilk (K. Trautstadt), Goesciebyn (K. Bomst) ist auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 21. Mai d. J. mit Beschlag belegt, und ist für die Stelle zu Chwalkowo der Bürgermeister Hude in Kions, für die Stelle zu Deutsch-Wilk der Rittergutsb. Sander auf Kurane, für die Stelle zu Goesciebyn der Kaufmann Lieberknecht in Wollstein beauftragt worden, das Vermögen bis zur gesetzlichen Wiederbesetzung für Rechnung der Stelle zu verwalten.

Eine Schulanstalt mit Schülern von neun verschiedenen Nationalitäten. Hier bei uns zu Lande machen uns unsere zwei Nationalitäten, namentlich in den Schulen den Kopf oft schon sehr warm. Wie aus dem neuesten „Jahresbericht über die gemeinschaftlichen Schulen in Triest“ zu ersehen, giebt es aber an dieser Schulanstalt Schüler von neun verschiedenen Nationalitäten (resp. Hauptsprachen), nämlich: 1) Deutsche, 2) Italiener, 3) Romanen, 4) Engländer, 5) Franzosen, 6) Griechen, 7) Slovener, 8) Böhmen und 9) Spanier, aber nirgends in dem von unterm früheren Landesmannen, dem Direktor der Anstalt Herrn Gust. Weiland erstatteten Jahresberichte finden wir auch nur die leise Andeutung von irgend welcher Schwierigkeit, die neun Nationalitäten unter einen Hut zu bringen und unter diesem zu erhalten. Von den verschiedenen Konfessionen sind in der Anstalt wieder nicht weniger als sieben vertreten, nämlich: 1) die ausburger ev., 2) die helvetische ev., 3) die anglikanische, 4) die katholische, 5) griechisch, 6) israelitische und endlich 7) wenn auch nur durch einen Kopf vertreten, die konfessionslose. Das Lehrerseminar dieser Anstalt zählt 19 Mitglieder. Das zuletzt eingetretene Mitglied ist ebenfalls ein polnischer Student nämlich Herr Joh. Wadowski, aus Adelnau, welcher dort für das Lehrfach vorgebildet, sodann zu Biala in Galizien im Lehramt tätig war. Die dem Berichte vorangehenden Aphorismen über die Tätigkeit des Hauses an dem Werk der Schule und über die Beschäftigung des Kindes im Hause verdienen allseitige Beachtung.

In Betreff des Provinzial-Landwehrfestes macht eine der hiesigen polnischen Zeitungen die Mithteilung, Polen hätten sich an demselben nicht beteiligt. Diese Mithteilung ist jedenfalls ein Beweis, daß sich der Berichterstatter bei dem Feste am Sonnabend nicht bewegt hat; denn sonst würde er die Wahrnehmung gemacht haben, daß dort fast ebenso viel polnisch als deutsch gesprochen wurde. Wir haben an kompetenter Stelle Erfahrungen eingezogen und können danach mittheilen, daß von den ca. 700 Landwehrmännern polnischer Nationalität, welche dem hiesigen Landwehrverein angehören, ca. 400 sich an dem Provinzial-Landwehrfeste beteiligt, und daß ebenso unter den Gästen aus der Provinz sich viele Landwehrmänner polnischer Nationalität befinden haben. Auch sah man bei dem Feste im Volksgarten am Montag unter den zahlreichen Anwesenden sogar einige polnisch-katholische Geistliche, die sich dort recht behaglich zu fühlen schienen.

Es wird ferner in einer der polnischen Zeitungen darüber Verwunderung ausgesprochen, daß keine der hiesigen deutschen Zeitungen, welche doch so häufig über die durch die Prozessionen verursachten Strafensperrungen Beschwerde führen, darüber eine Bemerkung gemacht hat, daß durch die Festtage und die Parade der Landwehrmänner die Passage auf dem Wilhelmsplatz gehemmt worden sei. Nun! Was die Parade auf dem Wilhelmsplatz betrifft, so fand dieselbe ebenso, wie die Militär-Paraden, auf dem Platz innerhalb der Barrieren statt und die Straßen, welche diesen Platz umgrenzen, blieben für die Passage vollkommen frei. Auch bewegten sich die Zügler der Landwehrmänner durch die Straßen der Stadt nach dem Takte der Musik so rasch, daß, ebenso wie bei langen Begräbniszügen etc., nur von einer rasch vorübergehenden Hemmung des Verkehrs die Rede sein konnte. Wie ganz anders bei den Frohlebnissprozessionen, bei denen der Verkehr über den Alten Markt und von der Wallstraße am Dom vorüber nach der Schrada mehrere Stunden lang vollkommen gesperrt wird! — Wir finden ferner in einer der polnischen Zeitungen die Bemerkung, durch das Provinzial-Landwehrfest seien die Feiertage mehrere Tage lang von der Arbeit zurückgehalten worden, ebenso, wie man dies von gegnerischer Seite den Feiertagen der katholischen Kirche zum Vorwurfe mache. Auch aus dieser Bemerkung tritt Unkenntniß der Verhältnisse hervor. Wer dem Feste an beiden Tagen beigewohnt hat, wird wissen, daß der schlichte Mann, der kleine Gewerbetreibende und Arbeiter, auf den es hierbei ankommt, nur an dem großen Feste im Landwehrgarten Sonntag Nachmittags und an dem Feste im Volksgarten Montag Abends sich beteiligt, also durchaus keine Arbeit versäumt hat, daß dagegen an der Fahrt nach dem Schilling, an der Generalversammlung im Lamberg'schen Garten und am Festiviner Montags nur die besser situierten Landwehrmänner Theil genommen haben. Wir bemerken hierbei übrigens, daß das Provinzial-Landwehrfest alle zwei Jahre einmal stattfindet, während alljährlich ca. 12 speziell katholische Feiertage abgehalten werden.

Unfall. Der Neunjacht eines hiesigen Pferdehändlers stürzte gestern auf der Mühlenstraße vom Pferde und verwundete sich an der Wange; das Pferd ging durch und wurde erst bei der Kratzschwischen Mühle angehalten.

Diebstähle. Aus einer Wohnung in der Berlinerstraße, deren Fußböden gestrichen wurden, ist neulich bei dieser Gelegenheit eine Taschenenuhr mit silbernem Gehäuse, 1871 gekauft, gestohlen worden. Dieselbe hat im silbernen Gehäuse einen Glasdeckel, durch welchen man das Uhrwerk sehen kann, und zieht sich selber auf. — Einem Schlosserjungen wurde am vergangenen Sonntage auf der Halbstraße eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand, und einem Peitschenschneider im Gehränge vor dem Landwehrgarten ebenfalls eine silberne Cylinderuhr aus der Tasche gezogen. — Ein 16-jähriger Arbeitsbluse ist verhaftet worden; derselbe hat vor 3 Wochen seinem Dienstgeber mittels Nachschlüssels aus verschlossenem Kasten 32 Thlr. gestohlen, und für dieses Geld Ohrringe, Damentücher, Portemonnaies und Uhrenketten gekauft und diese Sachen seiner „Eltern“ geschenkt. — Verhaftet wurde das Dienstmädchen, welches vor Kurzem beim Umzug einer Familie von hier nach Hammer verschiedene Sachen gestohlen.

Birnbaum, 4. August. [Wittwenkasse angelegenheit. Vorstand der Lehrer-Wittwenkasse hat neulich in einem dahin beigänglichen Termine bei dem hiesigen Landratshaus den Antrag gestellt, daß die bisher üblichen 25 p.C. Abzug für die Wittwenkasse bei Gehaltsverhinderungen mit Beginn des d. J. wegfallen sollen. — In der letzten ordentlichen Generalversammlung des hiesigen Vorschulvereins (eingetragene Genossenschaft) gab der Kassirer zunächst eine Übersicht der Ressourcenstände. Danach betrug die Einnahme im 1. Quartale d. J. 13,463 Thlr., im 2. Quartale 13,586 Thlr., zusammen 27,049 Thlr., die Ausgabe betrug im Ganzen 25,120 Thlr., so daß am 1. Juli c. ein Bestand von 1929 Thlr. vorhanden war. Darauf mußte in Stelle des nach Rawicz vertriebenen Kreisgerichts-Sekretärs, Kontrolleur Schild ein neues Ausschuks-Mitglied gewählt werden. Die Wahl fiel auf den Kreisgerichts-Bureau-Assistenten Schrey. — Mit dem 1. d. J. hat der Rechtsanwalt-Krieger seinen hiesigen Wirkungskreis verlassen, um die ihm verliehene Amwaltsstelle in Rawicz anzutreten. Als Mandatar im hiesigen Gerichtsbezirk sehr geschätzt und von seinen Freunden geliebt und geehrt, wünschen wir ihm in seiner neuen Stellung die besten Erfolge. — Am Sonnabend früh entstand in dem Familienhause, welches dem Eigentümer Chr. Flöhr in Großdorf gehört, beim Frühstück durch Fahräufigkeit Feuer, und das Feuer brachte fast gänzlich aus. Die Familie, in deren Wohnung das Feuer ausbrach, hat wenig mehr, als das nackte Leben gerettet.

Grätz, 2. August. [Zur Ausführung der Kirchengesetze.] Gestern gegen Abend ist der „gesperrte“ Bitar Barcikowski aus Biala zur Abholung der ihm durch das Appellationsgericht zu Posen im Juni c. zuerkannten eventuellen Gefängnisstrafe von elf Tagen durch den Exekutor ins hiesige Gefängnis eingeliefert worden. B. hatte gegen das gebotene Erkenntnis, da in der ersten Instanz Freisprechung erfolgt war, die Nichtigkeitsbehörde angemeldet, dieselbe jedoch innerhalb der gesetzlichen Frist nicht gerichtigt, weshalb auf die bloße Anmeldung keine Rücksicht genommen werden konnte. (Germ.)

Neutomischel, 4. August. [Personenbeförderung nach dem Bahnhofe. Saure Kirschen.] Für die Personenbeförderung von der Stadt nach dem Bahnhofe und von dort zurück ist jetzt ausreichend gesorgt. Während bisher eine an jeden Zug anschließende vierzigige Personenzug und eine einspännige offene Drosche, welche der Bahnhofrestaurateur Michalski hier selbst unterhält, die Beförderung der Reisenden vermittelte, ist seit einigen Tagen zu diesem Zweck noch ein sehr bequem und höchst elegant eingerichteter Omnibus mit guter Beplankung von dem Posthalter Apotheker Weiß hierzu eingestellt worden. — Da die Nachfrage und Kauflust bei den sauren Kirschen noch immer sehr reg ist, die Zufuhr aber etwas nachgelassen hat, so ist der Preis für dieselben wieder in die Höhe gegangen. Man bezahlte gestern den Centner mit 4½, 5 und mehr als 5 Thalern.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Professor Bluntschli. Es wird für die Leser dieses Blattes, b. sondern für die dem Militärstande angehörigen, von Interesse sein, zu vernehmen, daß der einzige gelehrte D. legire des brüsseler Kongresses, Herr Geheimrat Bluntschli in Heidelberg, vor ganz kurzer Zeit den Theil seines in 2. umgearbeiteter Auflage erschienenen „Völkerrechts“, welcher das Kriegsrecht behandelt, separat in kleinerem Taschenformat hat erscheinen lassen. Dieses Werkchen, in der gegenwärtigen Zeit von epochemachender Bedeutung, ist in der C. H. Beck'schen Buchhandlung zu Nördlingen erschienen und trägt den Titel: Das moderne Kriegsrecht der zivilisierten Staaten. 2. Auflage. (Preis 16 Sgr.) Die Lektüre und besser das Studium der geistvollen Bluntschli'schen Schrift kann Militärs und Politikern vornehmlich in diesem Augenblick kaum dringend genug an's Herz gelegt werden. Mit der dem berühmten Staats- und Völkerrechtsherrn eigenen fernigen Kürze und klaren Übersichtlichkeit ist das reichhaltige Material (siehe mir davon nur an: I. Kriegsrecht: 1) Begriff des Krieges, Kriegsarten, Kriegsursachen; 2) Wirkungen des Kriegszustandes; 3) Recht gegen denfeindlichen Staat; 4) Unerlaubte Kriegsmittel; 5) Kriegsgefangene und Verwundete, Enthaltung an Ehrenwort; 6) Spione und Kriegsrebellen; 7) das Recht über das feindliche Vermögen und das der friedlichen Personen in Feindesland a. zu Lande, b. zur See; 8) Kapitulation; 9) Friedensschluß. — II. Recht der Neutralität: 1) Begriff derselben; 2) Pflichten derselben; 3) Rechte derselben; 4) Kriegsontrebante; 5) Blockade; 6) Kriegserichter) überflächlich geordnet, und so das Verständnis des hochinteressanten Stoffes allgemein verständlich gemacht. Jeder Paragraph bietet dem Offizier, besonders demjenigen, welcher den großen Krieg mitgemacht hat, eine wahre Fülle von Anregung. Da die Verhandlungen und Beschlüsse des Brüsseler Kongresses zunächst wenigstens geheimgehalten werden sollen, kann Bluntschli's Schrift zugleich als Schlüssel für dessen Gang und Resultate gelten.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wien, 4. Aug. Die Einnahmen der lombardischen Eisenbahn (österreich. Netz) betrugen in der Woche vom 23 bis 29. Juli 708,466 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mindererinnahme von 61,927 fl.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene fremde vom 5. August.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Justizrat Gochlich aus Lüben, Gutsbesitzer Kühn aus Goldschau, Gutsbesitzer Kühn aus Dembe, Bürgermeister Schmidt aus Scharfenort, Museumsbesitzer Mehlberg nebst Frau aus Borsig, Fabrikant Mehlberg aus Berlin, die Kaufleute Rosenthal aus Dornik, Witkowski aus Berlin, Kerschner aus Rogasen, Pawelek aus Zerlow, Kawitscher aus Gnesen, Müller aus Rauenburg, Schmidt aus Wollstein.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Mewier u. Schenke aus Dresden, Steuer aus Breslau, Denk und Frau aus Trzemeszno, Inspektor Nehmert aus Dujnik, Baumeister Dresdner aus Breslau, Student Haus aus Leipzig.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Scholz, Simon, Baum und Marcuse aus Berlin, Grüneberg aus Köln, Glücks aus Leipzig, Reibstein aus Naumburg, Kuttner aus Elberfeld, Gallmann aus Darmstadt, Rittergutsbesitzer v. Treckow aus Radogow.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Rentier Buckow aus Fürstenwalde, Rentiere Frau Range u. Tochter aus Wongrowitz, die Landwirthe Cornelsen aus Rudnik u. Petersen aus Wonsow, Fabrikant Bartels aus Köln, die Kaufleute Meidner aus Breslau, Both aus Pforzheim, Morsbach aus Düsseldorf, Siewerski aus Ratibor, Bremer aus Halle, Gutkind aus Leipzig, Momm und Pulvermacher aus Berlin, Rentiere Frau Scher aus Lautenburg, Rittergutsbesitzer Schubert aus Boguslawice.

STERN'S HOTEL DE EUROPE. Gutsbesitzer v. Budzisewski aus Ostrzywiczel, die Kaufleute Neumann aus Borek, Licht aus Budewitz, Eikenstädt aus Lissa.

KEILERS HOTEL. Fabrikant Koch aus Lang-Bielan, die Kaufleute Czapski aus Biala, Schreiber aus Neutomischel, Liszkowicz aus Breslau, Schmidt nebst Frau, Frau Stephanika und Ralowski aus Dobornik, Taendler aus Rogasen, Abrahamson aus Inowroclaw, Posner aus Strzelno, Frau Wasser u. Tochter aus Breslau.

HOTEL DE BERLIN. Baurathin Frau Windenbach aus Bromberg, Brauereibesitzer Habek aus Grätz, Hotelbesitzer Kiefer aus Schönlanke, Gutsbesitzer Knauß aus Buckow, Post-Sekretär Weiß u. Kaufmann Ebel aus Czarnikau.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Die Kaufleute Dittsch aus Wymyslant und Scheffler aus Neustadt b. P. Partikular v. Borch aus Schwedt, Beigefeldweber Bohnert nebst Familie aus Hohenstein, Frau Zimmermann und Tochter aus Berlin.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 4. August, Abends. Der „Moniteur“theilt mit, die Militärbehörden hätten die Weisung erhalten, strenge Maßregeln zu treffen, um den Transit der für die Earliten bestimmten Sendungen durch Frankreich zu verhindern. Die Truppen an der Pyrenäengrenze sollen verstärkt werden.

Versailles 8. August. Die Nationalversammlung beendigte die Berathung des Ausgabenbudgets. Der Finanzminister teilte mit, die Bank von Frankreich stimme der Modifikation der Konvention von 1871, wonach die Amortisationsquote auf jährlich 200 Millionen festgesetzt werden sollte, nicht zu, sie sei aber bereit achtzig Millionen dem Staate vorzuschicken, welche nach vollständiger Rückzahlung der 1871 geliehenen 1500 Millionen zurückzuzahlen wären. Hieron sollen vierzig Millionen für das Budget für 1875 verwandt werden. Über die Verwendung des Restbetrages der vierzig Millionen bestimmt ein besonderes Gesetz, welches der Finanzminister sofort einbrachte. Die Vorlage für welche die Dringlichkeit angenommen wurde, kommt morgen zur Berathung. Bei Berathung des Vertrages mit dem Königreich Anan erklärt sich Berlin (Linke) gegen den Artikel 9 derselben, da in demselben den katholischen Missionären unbeschränkte Propaganda gestattet ist. Diese Bestimmung werde Frankreich jedenfalls in einem Krieg mit Anan verwickeln. Admiral Jancek spricht gegen Berlin. Die Versammlung genehmigt den Vertrag. Bei Berathung des Staateinnahmebudgets, welche dann begann, wurde der Antrag Rouvier über die Einkommensbesteuerung mit 421 gegen 192 Stimmen und der Antrag Vimayrat auf Besteuerung der Renten mit großer Majorität abgelehnt.

London, 4. August. [Unterhaus.] Auf eine Interpellation Bowyer erwidert Bourke, die Regierung habe keinen Grund anzunehmen, daß eine bewaffnete Intervention seitens einer europäischen Macht in Spanien stattfinden werde, sie bezweife aber auch, daß sie die Intervention einer anderen Macht zur Einmischung veranlassen werde.

In Nr. 344 der Ostsee-Zeitung vom 27. Juli c. ist ein Artikel über den Krowow-Kanal enthalten, welcher nicht allein schlagend nachweist, daß der genannte Kanal für die zeitigen Schiffahrts-Verhältnisse durchaus ungünstig ist, sondern auch daß der Bau eines neuen Kanals von Berlin nach der Oder ein dringendes Bedürfnis ist.

Wir stimmen diesem Notschrei aus voller Überzeugung bei und wissen aus eigener Erfahrung, daß jener Artikel nur die ältesten undwendigsten Thatsachen berührt, und daß derselbe daher auf die alerdringendste Unterstützung gerechten Anspruch hat.

Bei dem jetzigen Transport von Holz und Getreide von hier aus nach Berlin geht so viel Geld und Zeit unnötig verloren und werden die genannten Frachtauto's so sehr vertheut, daß ein Eingreifen der Staatsbehörde zur Abstellung der dort genannten Uebelstände durch den Neubau eines Kanals zwischen Berlin und der Oder baldigst als dringendes Bedürfnis wird anerkannt werden müssen, und hoffen wir darum auch auf baldige Hilfe. G. B.

Gestern Abend um 8 Uhr nahm uns Gott unser liebes Paulchen. Tief betrübt zeigen wir das allen Freunden und Verwandten an.

R. Neugebauer und Frau.

Telegraphische Wörsenberichte.

Breslau, 4. August, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Wier 100 p.C. pr. August 25 fl., pr. August-September 25 fl., pr. September-Oktober 23 fl. Weizen pr. August 85. Roggen pr. August 54 fl., pr. September-Oktober 53 fl., pr. April-Mai 158 fl. Mühlöl pr. August 18, pr. September-Oktober 17 fl., pr. April-Mai 58 fl. Bink fest ohne Umsatz. — Wetter: Heiß.

Hamburg, 4. August. (Getreidemarkt.) Weizen lolo flau, auf Termeine behauet. Roggen lolo flau, auf Termeine ruhig. Weizen 126 fl.-sd. pr. August 1000 Kilo netto 233 fl., 232 G. pr. August-September 1000 Kilo netto 228 fl., 227 G. pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 223 fl., 222 G. pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 219 fl., 217 G. Roggen pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 172 fl., 171 G. pr. August-September 1000 Kilo netto 168 fl., 167 G. pr. Sept. 1000 Kilo netto 165 fl., 164 G. pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 161 fl., 163 G. pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 162 fl., 160 G. Hafek fest. Gerste ruhig. Mühlöl matt, lolo 56, pr. Oktober 54, pr. Mai pr. 20 fl. 59 G. Spiritus fest, pr. August und pr. September 55, pr. September-Oktober und pr. Oktober-November pr. 100 fl. 56 fl. Kaffee ruhiger Umsatz 3500 Sac. Petroleum fest, Standard white lolo 9, 50 fl., 9, 35 G. pr. August 9, 35 G. pr. September 10, 40 G. — Wetter: Schön.

Münz, 4. August, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: bedeckt. — Weizen niedriger, hiesiger

